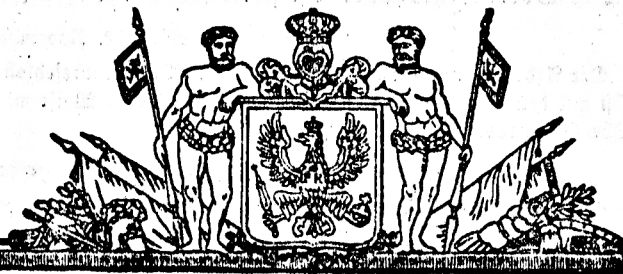


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Aenderung der Waffenstillstands-Bedingungen.

Unsere Unterhändler ist es gelungen, eine Aenderung der schweren Waffenstillstandsbedingungen zu erzielen, deren Wortlaut wir nachstehend veröffentlichen, nachdem wir im heutigen Morgenblatt bereits einige der bemerkenswertesten Bestimmungen der ursprünglichen Abmachung wiedergegeben haben.

Berlin, 12. November.

Nach einem gestern vormittag 6,25 Uhr vom Eiffelturm gegebenen Funkpruch der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche Oberste Heeresleitung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Aenderungen vorgenommen worden:

Die auf dem rechten Rheinufer vorbehaltene neutrale Zone soll sich bis zu einer Entfernung von 10 Kilometer (statt 80 bis 40 Kilometer) vom Flusse erstrecken. Die Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete muß insgesamt in 30 Tagen (statt 25) bewirkt sein.

Die Zahl der anzuliefernden Lastkraftwagen wird auf 5000 statt auf 10 000 festgesetzt.

Bezüglich der Kriegsgefangenen ist vereinbart, daß die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluß der Vorverhandlungen geregelt.

Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Oesterreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörenden Gebiete, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten.

Nach Artikel 14 müssen alle Requisitionen, Beschlagnahmungen oder Zwangsmaßnahmen der deutschen Truppen, die dazu bestimmt wären, sich Hilfsmittel für Deutschland in Rumänien oder Rußland zu beschaffen, sofort aufhören.

Der Zugang der Alliierten zu den geräumten Gebieten an der Ostgrenze, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, soll der Versorgung der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung der Ordnung dienen.

Bezüglich Ostafrikas wird bestimmt, daß das Gebiet innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften geräumt sein muß.

Die Bestimmung über die U-Boote lautet: Auslieferung aller U-Boote einschließlich der U-Bootkreuzer und Minenleger mit ihrer Bewaffnung und vollständigen Ausrüstung. Sie fahren nach den von den Alliierten bezeichneten Häfen. Solche, die nicht in See stechen können, werden abgerüstet und vom Personal verlassen und unter Bewachung gestellt. Die Bedingungen dieses Artikels werden in einem Zeitraum von vierzehn Tagen ausgeführt. Die zu internierenden Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen sieben Tagen zu verlassen.

Bezüglich der Blockade heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach geschlossenem Waffenstillstand nicht verhindern wird, in dem Maße, wie sie es für nötig halten werden. Es wird jedoch dem Artikel 26 folgender Satz hinzugefügt: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschäftigen sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Waffenstillstands in dem für notwendig erachteten Maße.

Die Dauer des Waffenstillstands wird auf 35 Tage festgesetzt, mit der Möglichkeit der Verlängerung. Im Laufe dieses Zeitraums kann der Waffenstillstand, wenn die Klauseln nicht ausgeführt werden, mit 48stündiger Wirkung gekündigt werden. Um die Ausführung zu erleichtern, wird das Prinzip einer ständigen internationalen Waffenstillstandskommission angenommen.

## Die Neuordnung in Elsaß-Lothringen.

Drahtmeldung.

Strasbourg, 11. November. (Amtlich.)

Aufruf an die Bevölkerung Elsaß-Lothringens: „Die heute hier versammelten Mitglieder der Zweiten Kammer des elsässischen Landtages haben sich heute als elsässisch-lothringischer Nationalrat konstituiert und aus ihrer Mitte einen provisorischen

Verwaltungsausschuß ernannt, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Bürger-Strasbourg, Juszig und Kalkus; Heinrich, Landwirtschaft; Imbs, soziale Fürsorge; Jung, Finanzen; Meyer-Laurent, öffentliche Arbeiten und Verkehrswesen; Dr. Pfleger, Inneres und Unterricht; Peirates, ohne Parteifarbe; Dr. Rikli, Präsident des Nationalrates ohne Parteifarbe.“  
(Der Ausschuß umfaßt Angehörige aller Parteien. D. Red.)

## Eine neue Note an Wilson.

Bitte um einen Präliminarfrieden.

Berlin, 12. November. (Amtlich.)

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet:

„Nachdem nunmehr der Waffenstillstand geschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege leiten zu wollen. Der Beschleunigung halber schlägt sie vor, zunächst den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Orte und zu welchem Zeitpunkt die Verhandlungen beginnen können. Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.“

Dr. Goltz,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

## Die neue Ordnung in Groß-Berlin.

Folgende amtliche Erklärung wendet sich an die Einwohner und Soldaten Groß-Berlins:

„Der von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins gewählte Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat seine Tätigkeit aufgenommen.“

Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Volksrats des Arbeiter- und Soldatenrats. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten.

Alle seit Beginn der Revolution im Bereiche Groß-Berlins provisorisch gebildeten Körperschaften, auch solche, die den Namen Arbeiter- und Soldatenrat führen und bestimmte Verwaltungsmassnahmen ausgeführt haben, treten sofort außer Kraft.

Alle weiteren Anordnungen und Verfügungen werden von den zuständigen zivilen und militärischen Stellen schnellstens erlassen werden.

Alle Bekanntmachungen und Verfügungen des Volksrats werden von den beiden Vorsitzenden Richard Müller und v. Beerfelde unterzeichnet werden.

Der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrats:

Emil Barth, v. Beerfelde, Bergmann, Felix Bernhagen, Otto Braun, Franz Buchel, Cohen, Erich Däumig, Heinrich Denecke, Paul Ebert, Ehr. R. Finzel, Gelberg, Gustav Gerhardt, Gierth, Gustav Heller, Ernst Jülich, Georg Ledebour, Mahns, Bruno Mollenhuth, Richard Müller, Paul Neuenhof, Hans Paasche, Walter Portner, Colin Roth, Oskar Rutsch, Otto Strobel, Wals, P. Wegmann.“

In einem Befehl an alle Groß-Berliner Truppen erklärt der Aktionsausschuß der Groß-Berliner Truppen, dessen Sitz im Kriegsministerium ist, unter anderem: „Der Aktionsausschuß ist die Spitze der ausführenden Militärgewalt, die er, unabhängig von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten der Arbeiterräte und irgendwelchen Parteizwistigkeiten, solange ausbleibt, bis die einzuberufende Nationalversammlung andere Bestimmungen getroffen hat.“ Die Reichsregierung hat der Bildung des Aktionsausschusses zugestimmt und fordert die Truppen auf, dessen Befehlen Folge zu leisten.

## Wilson über die demokratischen Ziele.

Drahtmeldung.

Washington, 11. November.

Wilson erließ eine Proklamation über den Waffenstillstand, in der er sagt: „Alles, wofür man kämpfte, ist erreicht worden. Es ist jetzt unsere glückliche Pflicht, durch Beispiele, verständigen, freundschaftlichen Rat und materielle Beihilfe bei der Einrichtung einer gerechten Demokratie in der ganzen Welt zu helfen.“

Alle Einberufungen für die Armee wurden rückgängig gemacht.

## Deutsch-österreichische Schicksalstage.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 11. November.

Für Deutsch-Oesterreich bricht heute die entscheidende Woche an. Man fühlt es, daß das neue Staatsgebilde seine Probe zu bestehen haben wird. Morgen Dienstag entscheidet die Nationalversammlung über den vom Staatsrat bereits angenommenen Gesetzentwurf, durch den Deutsch-Oesterreich als Republik und als ein Bestandteil der Deutschen Republik erklärt wird. Falls morgen die Christlich-Sozialen und die Agrarier Widerstand versuchen, wird die Nationalversammlung unter dem Druck der gewaltigen Volksversammlung stehen, die gleichzeitig auf Dienstag 8 Uhr unter freiem Himmel vor das Parlamentsgebäude einberufen wurde. Heute abend finden in allen Bezirken Wiens große Arbeiterversammlungen statt. Am Dienstag soll Generalstreik sein; die Eisenbahnen sollen eine Stunde, die Straßenbahnen drei Stunden stillstehen.

Die Umwandlung des Staatsrats in eine rein sozialistische Regierung steht bevor. Es ist wahrscheinlich, daß der Staatsrat einige widerstrebende Elemente ausschleiden und sich durchaus sozialistisch ergänzen wird.

Dem Staatsrat lagen heute Meldungen vor, daß ein kommunistischer Putsch geplant sei. Infolgedessen wurden die Post, die Schatzkammer, die Telefonzentrale, die Museen sowie das Kriegsministerium und die verschiedenen Kommandostellen, u. a. das Platzkommando in Schönbrunn, von der Volkswache und der weiß-roten Garde mit aufgestellten Bajonetts und Maschinengewehren besetzt. Die Truppen stehen unter dem Befehl des Feldmarschall-Leutnants Boog.

Morgen (Dienstag) 8 Uhr nachmittags, findet die feierliche Sitzung der rot-weiß-roten deutsch-österreichischen Flaggenvor dem Sitzungsraum der provisorischen Nationalversammlung statt. Die Sitzung der Nationalversammlung beginnt um 4 Uhr. Staatskanzler Dr. v. Renner wird die Ausrufung der Republik beantragen und begründen. Die Christlich-Sozialen werden den Gegenantrag stellen, die Ausrufung der Republik von einem Plebiszit abhängig zu machen. Der Antrag des Staatskanzlers wird aber trotzdem nahezu einstimmig angenommen werden, ebenso der Antrag betreffend den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich.

Die Nachrichten über den Versuch der Roten Garde und ihrer Anhänger unter der Zivilbevölkerung, am Dienstag einen Putsch zu veranstalten, in das Parlament einzudringen und einen ganz links stehenden Staatsrat einzusetzen, haben in Wien begriffliche große Erregung und Spannung hervorgerufen. Der sozialistischen Parteileitung ist es gelungen, die roten Gardisten und auch die einzelnen Teile der Volkswache so aufzuteilen, daß die Anhänger der offiziellen Sozialisten in diesen Formationen die Mehrheit besitzen. Anders steht es mit den Anhängern des Kommunismus in der Zivilbevölkerung. Sie entfalten eine rege Betätigtigkeit und soll über größere Vorräte an Waffen und Munition verfügen.

Wien, 12. November (Korr.-Büro.)

Die von der sozialdemokratischen Partei für gestern (Montag) abend einberufenen 17 Volksversammlungen waren überaus zahlreich besucht. Sie standen sämtlich unter dem Eindruck des Ablebens des Staatssekretärs für Wehreres, Dr. Viktor Adler, dessen schwarz umflossenes Bild alle Versammlungslokale aufwies. Die Redner besprachen die Beschlüsse des Staatsrats hinsichtlich der Proklamation der deutsch-österreichischen Republik. Die Ausführungen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Es wurde beschloffen, den heutigen Tag durch eine allgemeine Arbeitsruhe zu begehen, um an der nachmittägigen Feier vor dem Parlament teilzunehmen. Alle Versammlungen verliefen ohne Zwischenfall. Der Staatsrat hat das sofortige allgemeine Alkoholverbot beschloffen.

## Wiener Stimmungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 11. November.

Die Nachrichten über die Vorgänge in Berlin und über die den Deutschen auferlegten Waffenstillstandsbedingungen haben hier ein starkes Echo gefunden. Es ist festzustellen, daß ein Schrei der Entrüstung über diese von Wilson gebilligten Forderungen zu hören war. Allgemein sagte man, daß die Entente nimmermehr solche Bedingungen zu stellen gewagt hätte, wenn sie 24 Stunden früher einem freien deutschen Volke gegenüber gestanden und wenn Kaiser Wilhelm früher abgedankt hätte. Weiter muß man zur Ehre der deutsch-österreichischen Demokratie sagen, daß sie sich in der Stunde des gemeinsamen Leides uns näher fühlt und Anteil zu nehmen entschlossen ist. Seine Leichtlebigen, Charakterlosen aber, die sich ein bequemeres Schicksal von der Entente versprechen und auf den (durch ein geheimes Ab-